

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/96

Bad Godesberg, den 24. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Die Union hat ihren Kiesinger

49

Der Braunschweiger Parteitag und seine Folgen

2 - 4

Die Bundeswehr nach dem 9. Mai 1967

57

Von Hans Roth,

wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion

5

Zeitungssterben

35

Die Aufgaben der Pressekommission

Von Conrad Ahlers

6 - 7

Ulbricht in Jugoslawien

70

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Union hat ihren Kiesinger

Der Braunschweiger Parteitag und seine Folgen

ee - Die Union hat ihren dritten Bundesvorsitzenden, die Union hat ihren Kiesinger. Die Abstimmzahlen des Braunschweiger Parteitages mit 423 ja, 16 nein und zehn Enthaltungen sprechen für sich. Sein Image ebenso der nicht im offiziellen Redetext enthaltene, dafür aber umso markanter hervorgestoßene Satz "Ich werde mit Härte und Entschlossenheit entscheiden, wie es die Stunde verlangt!" paßte manchen Delegierten zwar nicht ganz in das für ihn bisher als so verbindlich erschiene Bild des neuen Parteichefs. Aber die beschwörende, mit leiser und eindringlicher Stimme vorgetragene Schlußansprache "Ich brauche die Partei, ich bedarf ihrer vollen Unterstützung und ich bin stolz darauf, zu dieser christlich-demokratischen Union zu gehören" ließ dem hochgewachsenen, schlaksigen und braungesichtig-weißhaarigen Mann die Herzen in der Braunschweiger Stadthalle wie mit einem Meilensturm zufliegen. Die Union hat ihren Kiesinger.

Kiesinger hat auch seinen Heck. Der neue Parteichef hat seinen Willen gegen so starke Gruppen, wie sie in den mitgliederstärksten Landesverbänden Rheinland und Westfalen und in der Jungen Union zu finden sind, mit voll eingesetzter Energie durchgeboxt. Der mitkatholische Mitbewerber Dr. Bruno Heck ist nicht nur der erste Generalsekretär der Union, er bleibt zugleich Bundesfamilienminister, obwohl es nahezu einen kleinen Parteiaufstand um die Frage Hauptamtlich oder nicht Hauptamtlich gegeben hat. Ein Sprecher der Jungen Union bangte zwar, daß von der ursprünglichen Konzeption dieses Generalsekretärs, an den sich alle organisatorischen Hoffnungen der bisher vergeblich Partei sein wollenden Partei knüpften, kaum noch etwas übrig geblieben sei. Aber Kiesinger wollte es anders, und deshalb geschah es auch anders.

Die Union verbindet mit dem Namen und dem Manne Kurt-Georg Kiesinger so viele Hoffnungen und Erwartungen, daß ihm selbst offensichtlich geraten erschien, diese Euphorie die sich an den Landtagswahl-ergebnissen anheizte, noch etwas zu bremsen. In einem den Briten abgeguckten Understatement meinte er deshalb: "Daß ich nun an dem Platze stehe, an dem vor mir Konrad Adenauer und Ludwig Erhard ihre Regierungen geführt haben, erfüllt mich mit Bescheidenheit und mit der Sorge, ob meine Fähigkeiten der schweren Verantwortung genügen". Hätte das ein anderer gesagt, der Satz wäre im Zischen der entrüsteten Delegierten untergegangen. Aber Kiesinger hatte diesen Gegenpunkt ja auch erst gesetzt, nachdem er klargemacht hatte, daß es ihm bei diesem ganzen Braunschweiger Parteitag doch eigentlich nur um die allein wichtige Frage gegangen war, ein Team als Kern der großen Führungsinstanz auf die Beine zu stellen, das die größten Garantien für den Gewinn der Wahlen im Jahre 1969 bieten konnte. Dieses Ziel hat er angestrebt, dieses Ziel hat er, nach seiner eindeutig bekundeten Meinung, erreicht.

Die Organisation der CDU steht also so, wie sie im engsten Führungsgremium auf dem Planpapier aufgestellt worden war. Jetzt soll dieser Organisation das "Aktionsprogramm" folgen. Wie es aussieht, wird, das bestimmt im wesentlichen der neue Mann an der Spitze. Der Fuldaer Oberbürgermeister Dr. Draeger erklärte, vom rauschenden Beifall begleitet, sehr markig: "Die Partei hat nicht mehrere Führer, sie hat nur einen Vorsitzenden!". Die Union hat ihren Kiesinger, Kiesinger hat seine Union. Man wird sehen, wie das geht.

Die Bundeswehr nach dem 9. Mai 1967

Von Hans Roth,
wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion

Am 9. Mai verabschiedeten die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des "Planungsausschusses für Verteidigungsfragen" (Defence Planning Committee) in Abwesenheit ihres französischen Kollegen eine politisch-strategische Direktive, welche die Grundlage für die Streitkräfteplanung der NATO in den kommenden Jahren darstellt. Diese Streitkräfteplanung soll nun im Dezember vom NATO-Ministerrat verabschiedet werden.

Der Planungsausschuß für Verteidigungsfragen ist einer jener neuen Institutionen, die nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO geschaffen wurden, um die Streitkräfteplanung, die in den vergangenen Jahren durch den Widerstand der französischen Regierung gegen ein neues strategisches Konzept ins Stocken geraten war, zu beleben und auf eine flexiblere Basis zu stellen.

Der Inhalt der jetzt verabschiedeten Direktive enthält keine grundlegend neuen Elemente. Die bereits seit Jahren von den meisten Mitgliedstaaten der NATO mehr oder weniger akzeptierte Strategie der "flexiblen Abwehr" der USA wird zur verbindlichen Strategie des Bündnisses erklärt. Bemerkenswert ist bestenfalls die Tatsache, daß die Verteidigungsminister in nur eintägiger Sitzung ein solches Dokument verabschiedet haben, während in den letzten Jahren die Entwürfe ähnlicher Dokumente, trotz langwieriger Debatten, am Ende doch am Einspruch Frankreichs scheiterten.

So besteht also die Hoffnung, daß die NATO und ihre militärischen Hauptquartiere nach dem Ausscheiden Frankreichs wieder zügiger als bisher in ihrer Planungsarbeit fortschreiten können. Damit tritt aber auch die Diskussion über die Verteidigungskonzeption der Bundesregierung und über die Weiterentwicklung der Bundeswehr in ein akutes Stadium. Die Bundesregierung wird sich bald endgültig entscheiden müssen, wie sie ihre Verteidigungskonzeption in die Politik der Friedenssicherung und Entspannung einfügen will, und welche eigenen Vorstellungen sie als Beitrag zur Streitkräfteplanung der NATO im Laufe dieses Jahres vorlegen will.

Harte Arbeit steht bevor

So einfach, wie Verteidigungsminister Schröder die Dinge am Vorabend der Sitzung des Planungsausschusses für Verteidigungsfragen der NATO in einer Presseverlautbarung darstellte, nämlich, daß sich an den Aufgaben und den einzelnen Komponen-

ten der Bundeswehr nichts ändern werde, scheint die Lage nach dem 9. Mai kaum mehr zu sein. Der Minister war denn auch in seinen Ausführungen vor dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages am 16. Mai wesentlich vorsichtiger. Er entzog sich den Fragen nach seinen eigenen Vorstellungen über die zukünftigen Lösungen mit dem Hinweis, daß die Vorarbeiten hierzu erst jetzt auf der Grundlage der neuen NATO-Direktive zum Abschluß gebracht werden könnten, und daß darüber hinaus das gesamte Kabinett nun entscheiden müsse, welchen Umfang der Verteidigungshaushalt in den nächsten Jahren haben könne. Erst wenn diese Voraussetzungen geschaffen seien, könne er, der Verteidigungsminister, seine Lösungen dem Parlament und der Öffentlichkeit vorschlagen.

Bundesregierung und Verteidigungsminister werden in den kommenden Monaten also harte Arbeit leisten und einige schwerwiegende Entscheidungen treffen müssen, wenn die Regierung noch rechtzeitig fundierte Beiträge zur Streitkräfteplanung der NATO leisten will.

Mit der jetzt erfolgten offiziellen Billigung der Strategie der flexiblen Abwehr - in den USA ist sie seit 1961 Grundlage der Planungen - tritt zumindest ein entscheidendes neues Element zu den früheren Überlegungen hinzu, selbst dann, wenn man wie der Verteidigungsminister von der Auffassung ausgeht, daß "Vorne-Verteidigung" und "glaubhafte, lückenlose Abschreckung" die bestimmenden Faktoren der Verteidigungskonzeption bleiben.

Beherrschung von Krisen

Dieses Element, auf das sich manche Politiker und viele Soldaten erst gedanklich werden einstellen müssen, heißt: Crisis Management - Beherrschung von Krisen, bevor es zu größeren militärischen Auseinandersetzungen in Europa kommt. Die vereinfachende Formel der letzten Jahre, die Abschreckung müsse jeden Krieg verhindern, wird komplexeren Vorstellungen weichen müssen. Welche "Optionen" sollen auch der deutschen Bundesregierung in Zukunft im Rahmen eines solchen "Crisis Management" im Bündnis zur Verfügung stehen? Welche zusätzlichen Aufgaben können oder werden sich daraus für die Bundeswehr ergeben? Für solche Überlegungen wird "das Kriegsbild" als Grundlage der Planung nicht mehr ausreichen. Man wird sich vielmehr im Kabinett und im Verteidigungsministerium mit den Problemen möglicher "Krisenbilder" im Bereich des gemeinsamen Bündnisinteresses beschäftigen müssen, und man wird achten müssen, daß hierbei die deutschen Interessen nicht zu kurz kommen.

Damit werden aber die Aufgaben für die Bundeswehr voraussichtlich vielfältiger und schwieriger, nicht einfacher. Ob und welche Rückwirkungen sich daraus auf Struktur und Umfang, Führungsorganisation und Führungsmittel, Bewaffnung und Ausbildung der Streitkräfte ergeben, wird sorgfältiger Untersuchungen bedürfen.

Die Bundesregierung selbst wird sich bald entscheiden müssen, welche Form und Aufgaben politisch-militärische Planungs- und Führungsstäbe haben sollen, und über welche fernmeldetechnischen Einrichtungen die Regierung verfügen muß, um in einem zukünftigen NATO-weiten Crisis Management mitsprechen und mit-handeln zu können. All dies ist nicht neu. Helmut Schmidt hat bereits in der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung der letzten Regierung Erhard im November 1965 auf diese auf uns zukommenden Probleme und neuen Aufgaben hingewiesen. Seine Vorstellungen fanden Eingang in die Erklärung zur "Deutschlandpolitik unter den sich verändernden weltpolitischen Bedingungen" des Dortmunder Parteitages der SPD. Jetzt ist es soweit, daß die Vorstellungen sich in der Regierung zu realisierbaren Plänen und Programmen verdichten müssen.

Zeitdruck und Haushaltslage

Diese vielfältigen auf Bundesregierung und Bundeswehrführung zukommenden Aufgaben sind bereits unter zweifachen Druck geraten: Zeitdruck und den Druck der angespannten Haushaltslage des Bundes. Es ist kaum zu erwarten, daß Bundesregierung und Verteidigungsministerium bis zum Herbst die erforderlichen sorgfältigen Prüfungen und Wertungen sich anbietender Alternativen für eine zukünftige Verteidigungskonzeption und die Aufgabenstellungen der Bundeswehr zum Abschluß bringen können. Um so dringender wird es, in einem ersten Schritt die Struktur des Verteidigungshaushaltes zu durchleuchten und Lösungen zu finden, um im Rahmen der zukünftigen finanziellen Möglichkeiten des Gesamthaushaltes ein gesundes Verhältnis zwischen Unterhalts- und Investitionskosten der Bundeswehr wiederherzustellen. Zur Zeit liegt das Verhältnis dieser beiden Grundgrößen des Verteidigungshaushaltes bei etwa 75 zu 25, anzustreben ist jedoch mindestens ein Verhältnis 60 zu 40.

Hierzu wird es jetzt dringend erforderlich, fundierte Unterlagen über die Kostenstruktur, die wirtschaftliche Verwendung der Mittel und die Ausgabenkontrolle zu erarbeiten und sich von weniger wichtigen Komponenten zu befreien. Eine solche notwendige Überprüfung wird auch vor einigen recht ambitionierten Vorhaben zur Um- und Neubewaffnung aller drei Teilstreitkräfte nicht haltmachen dürfen. Alleine mit einem zeitlichen Hinausschieben von Plänen und Programmen, oder mit linearen Kürzungen über die ganze Breite des Verteidigungshaushaltes ist es nicht mehr getan.

Es ist zu hoffen, daß die Vorarbeiten der letzten Jahre zur Bereitstellung der geeigneten Instrumentarien für die Analyse, die mittel- und langfristige Planung, für die Aufstellung von realisierbaren Programmen und die Überwachung ihrer Durchführung inzwischen Früchte getragen haben, und daß damit das Verteidigungsministerium heute besser als in der Vergangenheit den gestellten Aufgaben einer realisierbaren Streitkräfteplanung gewachsen ist.

Zeitungssterben

Die Aufgaben der Pressekommission

Von Conrad Ahlers

Am 6. Juni wird sich die Pressekommission konstituieren, die gemeinsam vom Bundesinnenministerium, vom Bundeswirtschaftsministerium und vom Bundespresseamt berufen worden ist. Die Bildung dieser Kommission hat angesichts der besorgniserregenden Konzentrationsentwicklung im deutschen Pressewesen in den betroffenen Kreisen viel Beachtung gefunden, ihre Zusammensetzung dagegen wurde mehrfach kritisiert.

Aufgabe der Kommission soll es sein, sowohl die Ursachen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Pressewesen aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu machen als auch zu untersuchen, ob sich aus einer Konzentration Gefahren für die Presse- und Meinungsfreiheit ergeben könnten. Im Vordergrund der Arbeit wird aber zwangsläufig die wirtschaftliche Notlage zahlreicher Verlage stehen, also all jene Probleme, die unter dem Stichwort Zeitungssterben bekannt sind.

Für die Zusammensetzung der Kommission gab es grob gesehen drei Möglichkeiten: Bildung einer "Royal Commission" aus Sachverständigen, kleine oder große Interessentenkommission. Die Bundesregierung hat sich für das letztere entschieden, aus folgenden Gründen. Von einer Sachverständigenkommission wäre lediglich eine Aufbereitung des bereits vorhandenen Materials zu erwarten. Eine kleine Kommission, bestehend aus Vertretern der wirtschaftlich am meisten betroffenen Verlage und aus Journalisten, hätte nichts weiter tun können, als ein Gutachten zur Begründung der bereits bekannten Vorschläge (Herabsetzung der Mehrwertsteuer und der Postzeitungsgebühren, Investitionshilfen) fertigzustellen. Über diese Vorschläge könnte der Bundestag auch ohne Vorarbeiten einer Kommission beraten und entscheiden - die erforderlichen Unterlagen liegen vor.

Die große Kommission dagegen soll nicht nur eine Analyse vorlegen, sondern zugleich der Rahmen für eine Art "konzertierter Aktion" im Pressewesen sein. In unserer pluralistischen Gesellschaft kommt es darauf an, die Betroffenen unter staatlicher Führung zusammenzubringen und zu gemeinsamem Handeln anzuhalten. Dies ist aber nur möglich, wenn alle relevanten Kräfte eines Wirtschaftszweiges daran beteiligt sind und dies wird in der großen Kommission der Fall sein, an der Vertreter aller Schattierungen, Journalisten, Rundfunk- und Fernsehintendanten sowie Vertreter der Wirtschaft und des Vertriebs beteiligt sind.

Ulbricht in Jugoslawien

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Mit Fasanenjagden, Fischernächten und Zigeuner-Kapellen versucht die jugoslawische Wojwodina, die Vielvölkerprovinz im Norden von Belgrad, in das big business des von der UNC proklamierten "Internationalen touristischen Jahres 1967" einzusteigen. Aber auf dem Wege zu diesem lohnenden Ziel liegen Straßen, die kaum diesen Namen verdienen, und dicke Staubwolken, die sich bei Regen und den hier häufigen Überschwemmungen zu einem zähen Brei verwandeln. Ein Paradies, wie man sieht, für Kücken und Einzelreisende.

Einer der ersten Individualtouristen in der Wojwodina dürfte in diesem Jahre Walter Ulbricht sein. Über eine Einladung von jugoslawischer Seite ist eigentlich nichts bekannt, doch darf man nicht ausschließen, daß sich der dem 75. Lebensjahr nähernde jugoslawische Staatschef in seiner guten Laune während des Ulbrichts-Besuches vom September des vergangenen Jahres in dieser Richtung unverbindlich geäußert hat. Sicher ist nur, daß Ulbricht seinem "privaten Besuch" in Jugoslawien große Bedeutung zumißt und daß man im Westen diese neue Art des osteuropäischen Tourismus nicht unterschätzen soll. Politischer Gipfeltourismus ist die große Mode - vor den unverfänglichen Kulissen von Winzerfesten und Jagdhütten kann man auf diese Weise miteinander Gedanken austauschen, ohne von Moskau sofort allzu intensiver Eigenständigkeit in der Außenpolitik geziehen zu werden.

Ob Ulbricht allerdings in Jugoslawien mit solchen Gesprächen auf der höchsten Ebene rechnen darf, steht nicht fest - er gab seine Reiseabsicht so kurz vorher bekannt, daß Tito jede Möglichkeit genommen wurde, sich vorher abzusetzen. - die jugoslawische Presse schweigt sich immer noch aus.

Welcher Stimmung dürfte Ulbricht in Jugoslawien begegnen?

Nun, vor wenigen Tagen hatte der Berichterstatter ein merkwürdiges Gespräch über die jugoslawischen Ansichten zur Deutschlandfrage - mit dem Chef einer der kleinsten kommunistischen Parteien der Welt. Er heißt Djoko Pajković und ist Präsident des "Bundes der Kommu-

nisten Jugoslawiens" in der "Sozialistischen Republik Montenegro", einer Bergrepublik mit einer halben Million Einwohner. Eigentlich war ich bei ihm zu Gast, um mich über den Tourismus an der montenegrischen Adria zu informieren, aber die führende Rolle, die auch hier der Fremdenstrom aus Westdeutschland spielt, führte das Gespräch sehr schnell zu einer harten Frage:

- * "Wie vereinfachen Sie, Herr Pajković, Ihr Interesse am Tourismus aus der Bundesrepublik Deutschland, von dem Sie im Grunde leben, mit ihren jüngsten Erklärungen vor dem 7. Parteitag der SED, an dem Sie als Delegierter der jugoslawischen Gesamtpartei teilgenommen haben und auf dem Sie über die Bundesrepublik, aus der die meisten Ihrer Gäste stammen, ein sehr hartes Urteil gefällt haben?"

Eigentlich war diese Frage unfair, denn Pajković war ja nur deshalb von Belgrad nach Ostberlin geschickt worden, weil er eben in deutschen Fragen kein Fachmann ist, auf den sich Ulbricht später hätte gerne und oft berufen können - genausowenig, wie der Orientalist Dizdarević, der dem Prager Zentralkomitee die jugoslawische Aussage zur Karlsbader Konferenz überbrachte, als Koyphäe auf dem verwickelten Gebiet der Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung gelten kann. Belgrad wertet unsympathische Meetings schon durch die Auswahl seiner Delegierten aus.

Aber nun lachte Pajković verlegen und meinte: "Wissen Sie, ich habe ja auch die Reden der anderen Gastdelegierten auf dem VII. Parteitag gehört, und weiß daher so gut wie Sie, daß ich in meinen Ausführungen über die Bundesregierung am dezentesten aufgetreten bin". Ich wollte gerade erwähnen, daß der rumänische Delegierte in Ostberlin kein einziges Wort über Westdeutschland gesagt habe, aber da traten Funktionäre und gleichzeitig in Montenegro weilende Mitteldeutsche Journalisten an unseren kleinen Ring heran. Und blitzschnell tischt mir nun Pajković jene Platte auf, die diese hören wollten: Die "faschistische Gefahr", die antikommunistische und "verbrecherische Ustascha-"Emigration sowie das jugoslawische Wiedergutmachungsverlangen. Dann drückte er mir schnell die Hand, ein wenig verlegen, so schien es, und damit war der Berichterstatter, der eigentlich nichts erwartet hatte, zufriedener, als es der auf Klarheit drängende Ulbricht nach einem eventuellen Treffen mit Marschall Tito sein dürfte.